Inhalt:

Sportstätten	S. 01	Dampfeimerkettenbagger	S. 03
Trinkwasser	S. 01	Neuer Kindergarten	S. 04
Umweltschutz	S. 02		

OKTOBER 1988

Sportstätten Hauptthema

Papenburg. Die DGB-Herbst-Aktionen und der Sportstättenbau waren die Schwerpunktthemen der jüngsten Vorstandssitzung der Papenburger Sozialdemokraten. Dabei fanden die bundesweiten DGB-Aktionen bei den Vorstandsmitgliedern breite Zustimmung. Sportausschußvorsitzender Wolbert Schepers erläuterte die Situation im Bereich der Papenburger Sportstätten. Besonderes Interesse fand der geplante Sportpark am Obenende und die verkehrlichen Auswirkungen, bei denen noch einige Schwierigkeiten zu erwarten seien. Zufrieden zeigte sich der Vorstand von der Absicht des Sportausschusses und der Verwaltung, die zukünftige Zuschußhöhe auch an der Eigenleistung der Vereine bei Instandsetzung und Instandhaltung zu messen.

Von Haus zu Haus 26.10.1988

NOVEMBER 1988

»Warum werden mit kostbarem Trinkwasser Toiletten gespült?«

Ortsausschußsitzung der Papenburger SPD befaßte sich mit Themen des Umweltschutzes

PAPENBURG. Die Funktion des von der Stadt Papenburg eingesetzten Umweltschutzbeauftragten und der geplante Bau einer Tankstelle beim Allkauf sorgten für Gesprächsstoff auf der jüngst durchgeführten Orts-Ausschußsitzung der Papenburger SPD.

Anton Schipmann erläuterte die bisherigen Initiativen der emsstädtischen Sozialdemokraten, vornehmlich den Fraktionsantrag zur Ratssitzung im August. Auf die Forderung nach Schaffung eines Umweltamtes hatte die Verwaltung seinerzeit mit der Einsetzung eines Umweltschutzbeauftragten reagiert.

So erfreulich dies sei, so liege aber gerade in der Konstruktion dieser Beauftragtenstelle der entscheidende Juckepunkt: Mit welcher Kompetenz und Gewichtung könne der Untergebene gegenüber dem Chef des Bauamtes oder anderer Ämter Umweltbelange durchsetzen, lautete die Frage. Der SPD-Ortsausschuß unterstütze deshalb die Forderung der Fraktion, daß der Umweltschutzbeauftragte politisch dem Rat verantwortlich und direkt dem Stadtdirektor unterstellt sein müsse. Außerdem solle er der Vorsitzende der Arbeitsgruppe »Umwelt« in der Verwaltung sein.

Bezüglich der geplanten Tankstelle beim Allkauf erläuterte der Fraktionsvorsitzende Roland Seemann die rechtlichen Grundlagen. Die Bezirksregierung entscheide über Wasserschutzzonen und da eine Trinkwasserqualität im Bereich des Papenburger Wasserwerks nicht mehr gegeben sei, werde die Schutzzone zwangsläufig aufgehoben. Zudem wolle der Tankstellenbetreiber alle gesetzlichen Auflagen erfüllen. Der Stadt Papenburg bleibe folglich nur noch die Entscheidung über Verkehrsfragen in dieser Angelegenheit. Der Ortsausschuß bedauerte dies und sprach sich mehrheitlich gegen eine Großtankstelle aus, da hier möglicherweise mehrere kleine Betriebe auf der Strecke bleiben könnten.

Man wolle sich aber auch weiterhin für den Erhalt des Papenburger Wasserwerks einsetzten, da es durchaus zur Förderung von Brauchwasser verwendet werden könne. Diesbezüglich schlug Wolfgang Rolfes vor, bei einem möglichen Modellversuch für ein neues Baugebiet zu erproben, ob nicht zukünftig eine Trinkwasser- und eine Brauchwasserleitung angeschlossen werden sollten, da eigentlich nicht einsichtig sei, warum mit immer kostbarer werdendem Trinkwasser Toiletten gespült, Wagen gewaschen oder Gärten gesprengt werden sollten.

Ems-Zeitung 14.11.1988

SPD: Umweltschutz bekommt in Papenburg mehr Gewicht

Erneute Kritik an Stelle des städtischen Beauftragten

Papenburg. — Die Funktion des von der Stadt Papenburg eingesetzten Umweltschutzbeauftragten, die neue Tankstelle beim allkauf und der Golfplatz waren die wichtigsten Themen der jüngsten Ortsausschußsitzung der Papenburger SPD. Dabei konnte erfreut festgestellt werden, daß das Thema „Umweltschutz" nun auch in Papenburg mehr Gewicht bekomme, heißt es in einer Pressemitteilung.

Anton Schippmann, Vorsitzender des Umweltausschusses, erläuterte auf der gutbesuchten Sitzung die bisherigen Initiativen der Papenburger SPD und den Fraktionsantrag zur Ratssitzung im August. Auf die damalige Initiative zur Schaffung eines Umweltamtes hatte die Verwaltung mit der Einsetzung eines Umweltschutzbeauftragten reagiert. So erfreulich dies auf der einen Seite sei, so liege aber gerade in der Konstruktion dieser Beauftragtenstelle der entscheidende Juckepunkt: Mit welcher Kompetenz und Gewichtung könne der Untergebene gegenüber dem Chef des Bauamtes oder anderer Ämter Umweltbelange durchsetzen?

Der Ortsausschuß unterstützt hier voll die Forderung der Fraktion, daß der Umweltschutzbeauftragte politisch dem Rat verantwortlich und direkt dem Stadtdirektor unterstellt sein müsse. Außerdem solle er der Vorsitzende der „Arbeitsgruppe Umwelt" in der Verwaltung sein. Trotz dieser Probleme will die SPD den gemachten Anfang wohlwollend, aber kritisch begleiten.

Bezüglich der neuen Tankstelle beim allkauf erläuterte Fraktionsvorsitzender Seemann die rechtlichen Grundlagen. Die Bezirksregierung entscheide über Wasserschutzzonen. Da eine Trinkwasserqualität im Bereich des Papenburger Wasserwerks nicht mehr gegeben sei, werde die Schutzzone zwangsläufig aufgehoben. Zudem wolle der Tankstellenbetreiber alle gesetzlichen Auflagen erfüllen. Der Stadt Papenburg bleibe folglich nur noch die Entscheidung über Verkehrsfragen in dieser Angelegenheit. Der OA bedauerte dies und sprach sich auch mehrheitlich gegen eine Großtankstelle aus. Dadurch würden möglicherweise mehrere kleine Betriebe auf der Strecke bleiben.

Die SPD will sich aber auch weiterhin für den Erhalt des Papenburger Wasserwerks einsetzen. Das geförderte Wasser könne durchaus als Brauchwasser verwendet werden. Wolfgang Rolfes schlug vor, bei einem möglichen Modellversuch für ein neues Baugebiet zu erproben, ob nicht zukünftig eine Trinkwasser- und eine Brauchwasserleitung angeschlossen werden könnten. Es sei eigentlich nicht einsichtig, warum mit immer kostbarer werdendem Trinkwasser Toiletten gespült, Wagen gewaschen oder Gärten gesprengt werden sollten.

Den in der Öffentlichkeit verkündeten Beifall des Sportausschusses bezüglich des Golfplatzes konnte der OA nicht teilen. Die Forderung nach einem Wegerecht und einem Wegeplan für das Gebiet bleibe weiterhin bestehen; sollte die Verwaltung oder der Golfklub hier nicht zügig reagieren, will die SPD-Fraktion selber die Initiative ergreifen.

Ems-Zeitung 12.11.1988

SPD fordert Geld für Kettenbagger

Als „technisches Kulturgut" erhaltenswert

Papenburg (hin). — Die Stadt Papenburg soll nach den Wünschen der SPD-Fraktion wieder Gelder für die Sanierung des Dampfeimerkettenbaggers bereitstellen.

Ratsherr Franz Kummer forderte auf einer Sitzung des Kulturausschusses am Montag, in die Mittelanmeldung für den Haushalt 1989 eine entsprechende Summe aufzunehmen. Die Förderung ist auf Beschluß der CDU-Ratsmehrheit eingestellt worden, weil außer der Kommune keine andere Stelle der öffentlichen Hand sich an der Restaurierung des Baggers bislang beteiligt hat.

In diesen Tagen, so VHS-Direktor Dr. Krieger, würden Gespräche mit Vertretern der Bezirksregierung über eine etwaige Mitfinanzierung geführt. Der Ausschuß beschloß danach, in den Fraktionen erneut über eine finanzielle Förderung zu beraten. Der Bagger stellt nach Ansicht der Sozialdemokraten ein „technisches Kulturgut" dar. Sie berufen sich dabei auf das Urteil von Sachverständigen.

Die Wünsche des Kulturausschusses an die Stadtkämmerei für das kommende Jahr orientieren sich weitgehend an den Ansätzen des Vorjahres. Erhebliche Verschiebungen bleiben aus. Der Ausschuß signalisierte in der kurzen Haushaltsdebatte seine Bereitschaft, dem Dokumentations- und Informationszentrum weitergehende finanzielle Unterstützung zu gewähren. Im Etatplan für 1989 sind 5600 DM für das Aktionskomitee Emslandlager vorgesehen, tausend DM mehr als im Vorjahr.

Kompetenzabschneidungen befürchten die Ausschußmitglieder einhellig in Sachen „Kesselschmiede" und „Rochefort". Michael Goldmann forderte, die Einnahmen und Ausgaben für den Jugendaustausch mit der Partnerstadt Rochefort im Etat des Kulturausschusses zu erfassen. Die Restaurierung der Kesselschmiede sei ohne Mitwirkung des Gremiums in der Sommerpause allein unter Federführung des Fördervereins durchgezogen worden, bemängelte u. a. Lisa Altmeppen.

Ems-Zeitung 19.11.1998

Wird die Stadt Träger des neuen Kindergartens?

Diskussion im Jugendausschuß - Höhere Zuschüsse

Papenburg (hin). — Wer soll Träger des geplanten Kindergartens in Papenburg werden? Mit dieser Frage beschäftigte sich am Donnerstag der Jugendwohlfahrtsausschuß der Stadt in seiner Sitzung auf der Johannesburg. Eine endgültige Antwort fanden die Ratsmitglieder nicht.

Den Stein ins Rollen gebracht hatte während der Sitzung Roland Seemann. Weil die Kirchen als Träger die Einstellung von Erziehern oder Erzieherinnen nicht zuletzt von der Konfession abhängig machten, so Seemann, könnte ein kommunaler Kindergarten Arbeitnehmern aus verschiedenen Glaubensgemeinschaften die Chance auf einen Arbeitsplatz bieten.

Josef Springub pflichtete mit Blick auf die Situation der Eltern bei: Mit einem konfessionell ungebundenen Kindergarten neben den bestehenden in kirchlicher Trägerschaft könnte den Eltern eine größere Entscheidungsfreiheit über die Art der Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder in den Tagesstätten eingeräumt werden.

Ein Kindergarten in kommunaler Trägerschaft, so rechneten Vertreter der Verwaltung vor, kostete die Stadt rund 20 Prozent mehr als eine gleichwertige Einrichtung, die von Kirchen mitfinanziert würde. Die Stadt müßte im Endeffekt etwa die Hälfte aller Ausgaben der Kindergärten aufbringen und zusätzliche Personalkosten übernehmen, weil in dem öffentlichen Kindergarten wohl keine Ordensschwestern arbeiten könnten.

Mit dem Neubau eines mindestens dreigruppigen Kindergartens will die Stadt die Raumprobleme in den bestehenden Einrichtungen langfristig lösen. Das Projekt soll 1990 in dem Bereich zwischen Hümmlinger Weg, Josefkirche und Mittelkanal verwirklicht werden.

Um der akuten Raumnot Herr zu werden, wird noch im nächsten Jahr der Kindergarten an der Birkenallee erweitert. Der Ausschuß forderte die Verwaltung auf zu prüfen, ob — wie von der Kirchengemeinde gefordert — zwei Räume angebaut werden müssen. Nach dem ursprünglichen Plan sollte nur ein Gruppenraum zusätzlich errichtet werden. Für die Jungen und Mädchen des Kindergartens an der Tannenstraße steht ab Anfang Dezember mit dem umgebauten Heizgebäude des Schulzentrums ein Provisorium zur Verfügung, in dem 20 Kinder betreut werden können.

Der Jugendausschuß votierte einstimmig für eine Anhebung der Zuschüsse für die Kindergärten in der Stadt. Nach Vorschlägen des Bischöflichen Generalvikariats soll die Kommune für jede Vormittagsgruppe 11 500 DM statt bisher 10 000 DM und für die Nachmittagsbelegung pro Kind jetzt 460 DM statt 400 DM zahlen. Die entsprechenden Mehrkosten von insgesamt 63 000 DM wurden in die Haushaltsanmeldung des Ausschusses für das kommende Jahr aufgenommen.

Ems-Zeitung 26.11.1988